

Impfpflicht ist nichts Neues

Nachdem die Nachbarländer allgemeine Impfvorschriften für alle berechtigten Einwohner erlassen haben, wie sie Österreich eingeführt hat, oder für Menschen über einem bestimmten Alter, wie in Italien, wo die Impfung für alle über 50-Jährigen obligatorisch ist, dreht sich die Diskussion darum, ob Deutschland einem Beispiel folgen sollte. Aber warum gibt es so viel Empörung über eine mögliche Impfpflicht, wenn sie seit Jahrhunderten bestehen, still und heimlich Leben retten und in der heutigen Gesellschaft oft weitgehend ungehindert sind?

Diejenigen, die gegen Impfpflichten sind, beschwerten sich, dass ihnen ihre Freiheiten genommen werden. Aber die Statistiken zeigen, dass diese Entscheidungen notwendig sind, um Leben zu retten. Infolge europaweit verbreiteter Pockeninfektionen, denen in Preußen Zehntausende Menschen zum Opfer fielen, trat 1874 das kaiserliche Impfgesetz in Kraft. Nach und nach verbreitete sich die Impfung weltweit, und genau aufgrund dieses Mandats wurde die Krankheit nun ausgerottet. In jüngerer Zeit führte die ehemalige DDR ein systematisches Impfprogramm gegen Polio ein, eine Krankheit, die Kinderlähmungen verursacht. Während der Westen die Zwangsimpfung vermied und die Ausbreitung der Krankheit zuließ, gingen Polio-Fälle im Osten rapide zurück.

Impfungen reduzieren die Wahrscheinlichkeit der Übertragung. Wenige Übertragungen führen zu weniger Einschränkungen in der Gesellschaft. Was ist wichtiger? Die Freiheiten derer, die unbegründeten Behauptungen von Verschwörungstheoretikern auf Facebook Glauben schenken? Oder die Freiheiten derer, die den von medizinischen Experten vorgelegten Beweisen zuhören? Hinzu kommt, dass Deutschland vielen seiner Nachbarn hinterherhinkt. Nur drei Viertel der Bevölkerung haben zwei Impfungen erhalten, und nur

56,3% haben eine Auffrischungsimpfung erhalten. Krankenhäuser sind vielleicht vorerst nicht überfordert, aber das wird nur so lange der Fall sein, bis eine neue Variante eintrifft. Das Warten auf die nächste Welle, um zu erkennen, dass Impfvorschriften erforderlich sind, um die Übertragung zu verlangsamen, wird nur mehr Leben kosten. Und während diejenigen, die nicht geimpft sind, die Mehrheit der Krankenhausbetten belegen werden, werden diejenigen, die an Schlaganfällen und Herzinfarkten leiden, ohne ausreichende medizinische Versorgung bleiben.

Zweifellos wäre die Einführung eines Impfgebots eine politische Entscheidung. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es nicht unbedingt notwendig ist, dass die Gesellschaft zur Normalität zurückkehrt und auch der Rest der Bevölkerung seine eigenen Freiheiten zurückerlangt. Es gibt bereits Impfaufträge, und sie dienen dem Gemeinwohl. Vielleicht wären ohne diese Verpflichtungen viele COVID-19-Impfgegner heute nicht mehr am Leben.

Andere Krise, gleiche Fehler

Großbritannien steht derzeit vor der größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Während das britische Volk Großzügigkeit und Selbstlosigkeit gegenüber Flüchtlingen aus der Ukraine gezeigt hat, wurde die gleiche Reaktion von der britischen Regierung nicht erwidert.

Obwohl die britische Regierung bereits im Januar schnell Tausende von Panzerabwehrraketen in die Ukraine schickte und Wirtschaftssanktionen gegen Russland unterstützte, wurden ukrainische Flüchtlinge nicht mit der gleichen offenen Begrüßung empfangen, die sie in anderen europäischen Ländern erhalten haben. Innerhalb von nur 24 Stunden nach dem Start des britischen Programms "Homes for Ukraine" hatten sich 100.000 Menschen registriert, um Kriegsflüchtlingen Unterschlupf zu bieten. Aber bisher haben nur 1.200 Flüchtlinge ihre Visa genehmigt bekommen. Im Rahmen des ukrainischen Familienprogramms ist die Zahl ebenso beschämend, da bisher nur 12.000 Flüchtlinge im Vereinigten Königreich angekommen sind.

In dieser Krise brauchen Flüchtlinge Stabilität und eine klare Informationsvermittlung. Während andere Nationen auf bürokratische Hürden verzichtet haben, die die Programme beunruhigend und verwirrend machen, sind die Anmeldeformulare im Vereinigten Königreich schlecht gestaltet und verworren. Ohne perfekte Beherrschung der englischen Sprache ist der Bewerbungsprozess völlig

unzugänglich. Boris Johnson hat kürzlich die Notwendigkeit von Überprüfungen des Strafregisters bei potenziellen Gastgebern verteidigt, aber es scheint, dass der Premier die Notwendigkeit des Schutzes betont und die Dringlichkeit nicht versteht.

Geht es beim Brexit nicht darum, Großbritannien von der engstirnigen Bürokratie der EU zu befreien? Stattdessen hat sich die Regierung in Bürokratie verheddert und die Nation kleingeistig und egoistisch erscheinen lassen. Es ist alarmierend, wie viele Parallelen zum Umgang mit der Evakuierung Afghanistans im vergangenen Jahr gezogen werden können. Der Premier hat die öffentliche Stimmung falsch eingeschätzt und es scheint, dass er nicht aus seinen Fehlern lernt.

Der Umgang mit der ukrainischen Flüchtlingskrise ist geradezu beschämend und schadet ernsthaft dem Ansehen dieses Landes. Die Diskrepanz zwischen der nationalen Rhetorik und den Taten der Regierung zeigt, wie abgehoben die Politiker von heute sind. Die britische Öffentlichkeit und die Flüchtlinge, denen sie helfen wollen, haben das Recht, Besseres zu fordern.